



BREMER NETZWERK BÜRGER BETEILIGUNG

Postadresse:
c/o Bürgerstiftung Bremen
Marcusallee 39
28359 Bremen

Pressemitteilung

Bürgerschaftswahl 2019: Parteienvertreter positionieren sich zur Bürgerbeteiligung

Das Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung (BNB), ein Zusammenschluss von Institutionen und Personen zur Förderung von Bürgerbeteiligung, hatte die in der Bürgerschaft als Fraktionen vertretenen Parteien eingeladen, um ihre Position zur Bürgerbeteiligung zu erfragen. Bei der von Prof. Lothar Probst und Anne Dwertmann moderierten Diskussion ging es um die Rolle von Bürgerbeteiligung in den Wahlprogrammen und um konkrete Forderungen zu deren Umsetzung.

Dass Bremen in Bezug auf Bürgerbeteiligung einen Nachholbedarf hat, scheint bei den Parteien angekommen zu sein. „Unsere drei Hauptforderungen – nämlich eine transparente Liste über anstehende Vorhaben, klare Kriterien zur Durchführung von Beteiligungsprojekten und eine Koordinierungsstelle zu deren Unterstützung – wurden breit geteilt“, so Hans-Günter Schwalm, der für das Netzwerk die Veranstaltung einleitete. Dass verstärkte Bürgerbeteiligung mit der repräsentativen Demokratie vereinbar ist, ja diese sogar verbessern kann, wurde von fast allen Parteivertretern bejaht. Nur der FDP-Vertreter Pius Freiherr Heeremann konnte der Bürgerbeteiligung wenig abgewinnen und plädierte stattdessen für mehr Mitarbeit in den Parteien.

In Bezug auf die Wahlprüfsteine des Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung (siehe Anlage) brachte Sachsa Karolin Aulepp, die SPD-Landesvorsitzende, die Überlegung ein, die bereits beschlossene Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung eventuell beim Parlament statt bei der Senatskanzlei anzusiedeln. „In jedem Fall muss eine ressortübergreifende Arbeit gewährleistet sein“, so Aulepp. Detlef Scharf von der CDU verwies auf positive Beispiele, die seine Partei in Bremen-Nord mit Bürgerbeteiligung gemacht hat. Ralph Saxe von den GRÜNEN räumte Fehler der rot-grünen Koalition in der Vergangenheit ein, forderte klare Quoren für Bürgerbeteiligung und nannte andere Städte als Vorbild für die Umsetzung von mehr Bürgerbeteiligung. Christoph Spehr von den LINKEN hielt ergänzend eine Stärkung der Beiratsrechte für notwendig.

Prof. Ulrich Mückenberger vom BNB verwies in seinem Schlusswort auf die Notwendigkeit, in die Prozesse der Bürgerbeteiligung die drei Akteursgruppen Politik/Verwaltung/Zivilgesellschaft einzubinden. Er sieht die Gefahr, dass Bürgerbeteiligung von Investoren und Ressortegoismen ausgebremst wird, wenn der in anderen Städten erfolgreich praktizierte Trialog der drei Akteursgruppen nicht auch in Bremen verankert wird.

Anhang: Bericht über die Veranstaltung